

Bezirke kapitulieren vor dem Hundedreck

Experten suchen ein Konzept für mehr Sauberkeit – Wien hat 2700 Beutelspender aufgestellt und Erfolg damit

■ VON LEON SCHERFIG

Berlins Hundedreck-Problem in Zahlen: 55 Tonnen hinterlassen die rund 109 000 gemeldeten Hunde am Tag, das sind etwa 120 Millionen Haufen im Jahr – ein Dauerärgernis für viele Berliner. Doch Bezirksämter und Umweltinitiativen haben Schwierigkeiten, sich auf ein stadtweites Konzept im Kampf gegen den Hundedreck zu einigen.

Einen weiteren Versuch in diese Richtung machte die Tagung „Berlin wird haufenfrei“, zu der sich jetzt Experten im Rathaus Tiergarten trafen. Das Bezirksamt Mitte und die Initiative „Stadt und Hund“ hatten Fachleute aus Wien und Luzern eingeladen. Beide Städte gelten beim Kampf gegen Hundekot als erfahren. Dass in Wien und Luzern heute kaum noch Hundedreck auf den Straßen zu sehen ist, ist das Ergebnis einer jahrelangen Arbeit der zuständigen Ämter.

„Sehr bewährt haben sich unsere Waste-Watcher“, sagt Martina Ableidinger aus Wien, die dort die Abteilung für Straßenreinigung leitet. Die Waste-Watcher – frei übersetzt: Abfall-Beschafter – sind eine Art Einsatztruppe, die sich aus rund 50 Vollzeitmitarbeitern und 310 Teilzeitkräften des Wiener Ordnungsamts zusammensetzt. Sie weisen die Bürger freundlich, aber bestimmt darauf hin, dass der Hundekot entsorgt werden muss. Als Vorteil gilt dabei, dass die meisten keine Uniform tragen. Denn den Berliner Ordnungsamtsmitarbeitern erschwert gerade ihr offizielles Äußere oftmals den Job, berichtete Michael Twirdy, Leiter des Ordnungsamts Treptow-Köpenick. „Bereits aus der Ferne können Hundehalter die Kollegen an ihrer Uniform erkennen, dadurch wird es fast unmöglich, sie zu erwischen. Um die Leute zu bekommen, brauchen wir kombinierte Streifen oder Zivilstreifen.“

Bereits bewährt haben sich in Berlin die Hundebutel, die in der Schweiz patentiert wurden. Zum Beispiel im Bezirk Mitte: Immerhin 75 Beutelspender installiert das bezirkliche Umweltamt. Aber: „Um die Situation wirklich in den Griff zu bekommen, müssen wir versuchen, ein gesamtstädtisches Projekt auf die Beine zu stellen“, forderte Ines Blumenthal, Leiterin dieses Amtes.

Nur 15 Prozent werden beseitigt

Denn die Zahlen, die Christof Wüllner und sein Projektbüro „Stadt und Hund“, präsentierten, zeichnen ein düsteres Bild: Nur maximal 15 Prozent der Hundehaufen würden beseitigt, da es auf etwa nur fünf Prozent der Stadtfläche kostenlose Beutel gebe. Das Problem mit dem Hundekot ist auch finanzieller Natur: Die Tütenspender, von denen die Initiative „Stadt und Hund“ bereits 250 Stück in Berlin verteilt hat, finanzieren viele Bezir-

ke mit dem Geld, das sie durch die Standgebühr für Altglascontainer einstreichen. Zwar fließt jedes Jahr durch die Hundesteuer eine üppige Summe in die Stadtkasse: Insgesamt 10,5 Millionen Euro waren das 2010. Doch dieses Geld muss nicht zweckgebunden eingesetzt werden. „Das Geld bekommt der Finanzsenator, er verteilt es auf die Ressorts, es gibt keinerlei Budgetverknüpfung“, kritisierte Wüllner von „Stadt und Hund“. Er favorisiert das Schweizer Modell: Dort wird die Hundesteuer grundsätzlich für den Kauf von Hundebuteln eingesetzt. In Wien – halb so groß wie Berlin – sind mehr als 2700 Beutelspender aufgestellt, in Berlin höchstens 400.

Die Moderatorin der Tagung, Kate Kitchenham, Hunde-Expertin und Autorin, stellte den Fahrplan für die Zukunft auf: „Information und Sensibilisierung der Besitzer und flächendeckendes Aufstellen von Beutelspendern.“ Außerdem

müsse über die Höhe der Sanktionen nachgedacht werden, die derzeit bei 35 Euro liegt. Im Vergleich: New York fordert 250 Dollar. Carsten Spallek, in Mitte zuständiger Stadtrat für das Ordnungsamt, forderte, das Bußgeld auf 50 Euro zu erhöhen. Wüllner hielt das für nicht ausreichend: „Die Ordnungsämter haben vollständig versagt, weil sie ihre Mitarbeiter nicht motivieren können. Von 1200 Leuten findet man kaum jemanden auf der Straße. Da können die Sanktionen noch so hoch ausfallen.“ Wüllner forderte eine zentrale Zuständigkeit – zum Beispiel der Berliner Stadtreinigung –, keine kleinteiligen Projekte und Maßnahmen.

So brachte die Tagung nur eine Bestandsaufnahme des Problems, aber keine neuen Ansätze zu seiner Lösung. Zumindest in einem Punkt waren sich die Experten einig: „Die Bezirksämter allein sind überfordert, sie brauchen Unterstützung seitens des Landes“, sagte Kitchenham.